

Einleitung:

Am 27. September 1929 meldet die sozialdemokratische Zeitung *Vorwärts*:

Gebrüder Sklarek verhaftet. Die Stadt Berlin um große Summen geschädigt.

Die bekannten Kaufleute und Rennstallbesitzer, die Gebrüder Max, Leo und Willi Sklarek sind unter dem Verdacht umfangreicher Betrügereien, die in die hunderttausende gehen, von der Kriminalpolizei verhaftet und ins Polizeipräsidium gebracht worden. Die Verhaftung der drei Brüder erfolgte ganz überraschend. Wie es heißt sollen weitere Verhaftungen bevorstehen.

Was war passiert? Wie war es den Sklareks gelungen, die Stadt Berlin so zu schädigen? Was hat der Rennstall mit der ganzen Sache zu tun und wie konnte sich daraus ein Korruptionsskandal entwickeln, der die Demokratie in Nöte bringt?

Bevor wir uns diesen Fragen widmen können, bedarf es eines kurzen Blickes auf die Lage der Republik und im Besonderen der Hauptstadt Berlin am Vorabend des Sklarek-Skandals:

Im Vergleich zu den turbulenten Anfangsjahren der Republik, die von von innen- wie außenpolitischen Auseinandersetzungen und wirtschaftlichen Talfahrten geprägt waren, scheint sich die Lage in den ›goldenen Zwanzigern‹ beruhigt zu haben. Die Währungsreform 1923 führt zur Stabilisierung der Wirtschaft, die Außenpolitik Stresemanns zum Nachlassen der außenpolitischen Spannungen. Diese Stabilität erweist sich jedoch in vielen Bereichen als trügerisch:

Die Politik ist von einem immer stärkeren Auseinanderdriften nach rechts und links bestimmt. Die deutsche Wirtschaft war zwar gestärkt und auch für ausländische Investoren attraktiv gemacht worden, trotzdem sind selbst in den Zeiten wirtschaftlichen Aufschwungs die Folgen der Inflationszeit weiterhin deutlich spürbar. So hatte der Zusammenbruch der Wirtschaft zum Untergang zahlreicher etablierter Betriebe geführt. Er hatte gleichzeitig aber auch Möglichkeiten für neue Investoren geschaffen, die innerhalb kurzer Zeit große Konzerne zusammenkaufen können und über gute Verbindungen zu Politik und Finanzwelt verfügen. Gerade jüdisch-osteuropäische Geschäftsleute – wie die Sklarek-Brüder – werden in diesem Zusammenhang gern als ›Schieber‹ und ›Inflationsgewinnler‹ stigmatisiert. Umgekehrt trifft die Landwirtschaft und Industrie nahestehenden Reichsregierungen seitens der Arbeiterparteien der Vorwurf, solche Fälle bewusst zu skandalisieren, um so Korruption in den eigenen Reihen zu verschleiern.

Berlin

Berlin kommt nicht nur als Sitz des Reichstages und des Preußischen Landtages eine besondere Rolle zu: Groß-Berlin, wie es zum Zeitpunkt des Sklarek-Skandals existiert, war im April 1920 in Folge des *Gesetzes über die Bildung einer neuen Stadtgemeinde Berlin*

entstanden. Durch Beschluss des Preußischen Landtags werden sechs kreisfreie Städte und zahlreiche kleinere Gemeinden in das Berliner Stadtgebiet eingemeindet und bilden nun eine Kommune, die auf Grund ihrer einzigartigen Ausmaße die Stadtverwaltung in den folgenden Jahren vor völlig neue Probleme und Herausforderungen stellen wird.

Oberbürgermeister dieser noch aus Kriegszeiten hochverschuldeten Riesenstadt ist seit 1921 der ehemalige Stadtkämmerer Gustav Böß. Böß ist anfangs parteilos und tritt später in die DDP ein. Er wird aber auch von den Sozialdemokraten gerade auf Grund seiner verwaltungstechnischen Fähigkeiten unterstützt. In den folgenden Jahren finden unter Böß umfangreiche Reformen und Neuordnungen der Berliner Stadtverwaltung statt, die zum Teil auf erheblichen öffentlichen Widerstand stoßen - beispielsweise in der Frage der Zentralisierung und Neugestaltung der Berliner Stadtbezirke. Hinzu kommen weitere Maßnahmen, die das effizientere Funktionieren des neuen Groß-Berlin unterstützen sollen. So soll beispielsweise das Nahverkehrsnetz durch die Gründung der Berliner Verkehrsgesellschaft und den Bau der U-Bahn ausgedehnt und modernisiert und das Stadtgebiet durch den Ankauf und die Eingliederung einiger letzter Bezirke abgerundet werden.

Ähnlich wie der Reichstag ist auch die Berliner Stadtverordnetenversammlung in diesem Zeitraum von einem Auseinanderdriften nach rechts und links bestimmt. Die SPD ist die mit weitem Abstand stärkste Partei und hätte theoretisch gemeinsam mit der KPD eine absolute Mehrheit gehabt. Die Zusammenarbeit beider Parteien ist zum Teil erfolgreich, häufig kommt es aber auch zu erbitterten Auseinandersetzungen. Obwohl die SPD also in der Kommunalpolitik definitiv die dominierende Kraft ist, ist sie zu jedem Zeitpunkt auf die Zusammenarbeit mit den übrigen Parteien angewiesen.

Die Hauptstadt dient also nicht nur als Kulisse des größten Korruptionsskandals dieser Zeit. Sie verkörpert die Parteikonflikte der Politik ebenso wie die immer größer werdende Kluft zwischen den Gewinnern und den Verlierern der wirtschaftlichen und politischen Umbrüche. Berlin ist für die einen das Symbol der wirtschaftlichen und kulturellen Blütezeit der goldenen Zwanziger. Für die anderen ist es dagegen die Verkörperung von politischer und moralischer Dekadenz, denn auch die soziale und finanzielle Situation Berlins spitzt sich trotz der Modernisierungsmaßnahmen Mitte der zwanziger Jahre weiter zu. Der Reiz der Hauptstadt führt ohnehin schon zu hohen Zuzugs- und damit auch Arbeitslosenzahlen, die Inflation der Jahre 1922/1923 verstärkt diese Tendenz und führt außerdem dazu, dass der Abstand zwischen der wachsenden Masse der Geringverdiener und Arbeitslosen auf der einen Seite und den wenigen gut Verdienenden auf der anderen stetig größer wird. In letztere Gruppe

fallen nicht nur die städtischen Beamten und Magistratsmitglieder, sondern auch diejenigen Geschäftsleute, denen es gelungen ist, ihr Vermögen über die Hyperinflation hinwegzuretten oder die wirtschaftlichen Missstände gar gewinnbringend auszunutzen, – Unternehmer wie die Sklarek-Brüder.

Die Sklareks

Die drei Brüder Max, Willi und Leo Sklarek hatten 1921 in Berlin gemeinsam eine Textilhandelsfirma gegründet. Durch ihre erfolgreichen Geschäfte, die später den Grundstein für den Sklarek-Skandal legen, waren sie dabei schnell zu außerordentlichem Reichtum gekommen. Sie besitzen den schon genannten Rennstall, außerdem Villen in Berlin und ein Jagdhaus in Mecklenburg. Die Brüder nutzen ihre luxuriösen Lebensumstände aber nicht nur für sich selbst, sie investieren auch strategisch in die Etablierung und Pflege ihrer zahlreichen Geschäftskontakte in und um Berlin. Die rauschenden Feste der Sklareks, ihre Einladungen zu Pferderennen, bei denen sie auf eigene Kosten Wetten für ihre Gäste abschließen, die Einladungen zur Jagd und die teuren Geschenke an ihre Freunde, all dies ist in der Berliner Öffentlichkeit schon vor dem Herbst 1929 wohl bekannt. Die Empfänger dieser zahlreichen Annehmlichkeiten und Unterhaltungen sind über das gesamte politische und institutionelle Spektrum Berlins verteilt, der kommunistische Stadtrat Gustav Degner zählt ebenso dazu wie Stadtrat Wilhelm Benecke von der SPD, der Direktor der Berliner Anschaffungsgesellschaft, Felix Kieburg und viele weitere. Die Brüder selbst sind Mitglieder in der DDP (Max) und der SPD (Willi und Leo), unterstützen daneben aber auch die kommunistische Rote Hilfe und die DNVP.

Dank ihrer Textilgeschäfte und sicher auch Dank dieser gesellschaftlichen und politischen Aktivitäten besitzen die Sklareks faktisch ein Monopol auf die Belieferung der städtischen Einrichtungen mit Textilien. Sie versorgen außerdem auch eine hohe Anzahl von städtischen Beamten mit Kleidung. Manche, aber bei weitem nicht alle, so wird sich später herausstellen, zu ausgesprochenen Vorzugspreisen. Zur Finanzierung ihrer Textilgeschäfte bekommen sie von der Berliner Stadtbank Kredite, deren Höhe beständig steigt und die scheinbar durch ebenso beständig ansteigende Bestellungen der Berliner Bezirksämter gedeckt sind.

Die Sklareks stehen also im Mittelpunkt eines dichten Netzes aus geschäftlichen, politischen und persönlichen Beziehungen, das einen recht großen Teil der Berliner Polit-Gesellschaft umfasst und schon für die Zeitgenossen – und die ermittelnden Instanzen – schwer zu überblicken ist. Bis zum Herbst 1929 scheint dieses Netzwerk recht reibungslos zu funktionieren: Die Kredite steigen, etwaige Beschwerden werden von den mit den Sklareks in

Verbindung stehenden Stadträten abgewiegelt und den Brüdern war es sogar gelungen, ihren Textilbelieferungsvertrag mit der Stadt bis ins Jahr 1935 zu verlängern.

Die Aufdeckung des Falles:

Trotzdem werden die Sklareks am 26. September 1929 – zumindest nach Aussage des Vorwärts „völlig überraschend“ – verhaftet. Was war passiert?

Anfang September 1929 findet eine planmäßige Revision bei der Berliner Stadtbank statt. Dabei werden auch die Kredite der Sklareks bei dieser Bank überprüft. Dem Revisor Otto Fabian, einem ehemaligen Angestellten des Bezirksamts Spandau fallen in den Unterlagen jedoch die ausgesprochen hohen Bestellungen eben dieses Amtes auf, die zudem von einer dafür nicht berechtigten Person unterschrieben zu sein scheinen. In der Tat stellen sich diese Bestellungen, wie auch zahlreiche weitere, schnell als Fälschungen heraus. Die Hauptprüfungsstelle beschlagnahmt schließlich das gesamte Aktenmaterial der Sklarek-Kredite. Einen Tag später werden Max, Willi und Leo Sklarek sowie der Oberbuchhalter der Firma Sklarek, Friedrich Lehmann, unter dem Verdacht des Betruges und der Urkundenfälschung verhaftet.

Mit der Verhaftung der Sklareks wird die bis zu diesem Zeitpunkt interne Stadtbank-Affäre gleichsam über Nacht zum Skandal. Bereits die ersten Zeitungsmeldungen über die Verhaftung der Brüder berichten auch über den enormen Schaden für Stadt und Stadtbank durch die Sklarek'schen »Betrügereien«.

Dann wird bekannt, dass sich unter den von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmten Dokumenten auch Aufzeichnungen über die Kunden der Sklareks befinden. Zwar handelt es sich bei dieser „Kleiderliste“ – wie die Presse sie gern bezeichnet – um eine Liste aller Privatkunden der Firma (daher die in der Presse genannte hohe Zahl von 1700 Sklarek-Kunden), es finden sich jedoch auffällig viele Magistratsmitglieder und sonstige höhere Beamte auf der Liste.

In den folgenden Wochen und Monaten fördern die Ermittlungen – an denen mit Berliner Magistrat, Preußischem Landtag und der Staatsanwaltschaft zeitweise drei Institutionen gleichzeitig beteiligt sind – immer neue Verbindungen der Sklareks zu Personen und Institutionen, die mit der Stadt Berlin in Verbindung stehen zutage.

Mehrere Stadtverordnete, die Direktoren der Stadtbank, die Mitglieder des Kreditausschusses der Bank, die ehemaligen Direktoren zweier städtischer Textilgesellschaften, die Direktoren der Berliner Verkehrsgesellschaft und der Berliner Hafen- und Lagergesellschaft, zwei Bürgermeister und sogar der Oberbürgermeister Gustav Böß selbst sollen von den Brüdern

mit verbilligten Textilien und konkreten Geldbeträgen bestochen worden sein. Im Gegenzug sollen sie den Sklareks entweder aktiv geholfen oder zumindest über die Unregelmäßigkeiten ihrer Geschäfte hinweggesehen haben.

Der Fall steht in den folgenden Wochen und Monaten im Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit, in der Presse überschlagen sich Artikel mit immer neuen Sensationsmeldungen über angeblich in den Fall verwickelte Personen, Bestechungs- und Schadenssummen und das angeblich süße Leben der Sklareks im Moabiter Untersuchungsgefängnis.

Eine Reihe von Faktoren tragen dazu bei, dass gerade dieser Fall so hohe Wellen schlägt:

1. Die Ermittlungen fördern zwar immer neue mögliche Schuldige zutage, bis es allerdings zu konkreten Ergebnissen kommt, vergeht viel Zeit (2 Jahre bis zum Prozessbeginn, ein weiteres Jahr bis zur Urteilsverkündung). Den Gerüchten bietet sich also viel Entfaltungsraum, zum Zeitpunkt der Urteilsverkündung ist das öffentliche Interesse dagegen weitestgehend erlahmt.
2. Am 17 November 1929 stehen in Berlin Kommunalwahlen an, alle politischen Parteien haben also ein verstärktes Interesse daran, ihre Gegner möglichst stark zu diskreditieren und/oder die Schuld von den Mitgliedern der eigenen Partei abzuweisen. In der Presse werden daher oft Nachrichten über den Sklarek-Fall mit Hinweisen auf die anstehende Wahl verknüpft.
3. „Korruption“ hat sich in der Weimarer Zeit schon früher als produktives Schlagwort erwiesen, ist der Begriff doch einerseits klar negativ besetzt („Wer korrupt ist, ist auch schlecht“), aber andererseits schwammig genug, um auf eine Vielzahl von Delikten angewendet werden zu können.
4. Die Sklareks lassen sich durch die NSDAP- und DNVP-nahe Presse als stereotype jüdisch-osteuropäische Geschäftemacher und Opportunisten stilisieren. Der Fall Sklarek kann so auch in eine Reihe früherer, angeblich „jüdischer“ Korruptionsskandale eingeordnet werden. Die »ausländische« Herkunft der – in Berlin geborenen – Sklareks wird allerdings auch in vielen anderen Zeitungen thematisiert. Von den Gegnern der Republik wird dabei oft angedeutet, „Demokratie“ und „Korruption“ stünden zwangsläufig in Verbindung.
5. Der dekadente Lebenswandel der (neureichen) Berliner Oberschicht, zu der die Sklareks und viele der von ihnen Bestochenen gehören, lässt sich mit seinen Sektgelagen und Pferderennen – denken Sie an den schon im ersten Artikel erwähnten Rennstall – als krasser Gegensatz zum Alltag der Berliner Bevölkerung darstellen. Obwohl die genaue Stoßrichtung je nach politischer Gruppierung unterschiedlich ist, üben alle Seiten heftige Kritik an der Berliner Stadtverwaltung, die sich im Skandal als von politischen Interessen und eigener

Raffgier beflügelt darstellt und scheinbar nicht willens oder in der Lage ist, die Stadt im Interesse ihrer Bewohner zu verwalten.

Der Fall Böß

Exemplarisch für all diese Argumentationslinien ist der Fall des Oberbürgermeisters Gustav Böß, der nach und nach in den Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit rückt, und dass, obwohl Böß weder an den Textilgeschäften noch den Kreditangelegenheiten der Sklareks direkt beteiligt war.

Böß (DDP) befindet sich in der Anfangsphase des Sklarek-Falles außer Landes, er war Anfang September 1929 auf Einladung des New Yorker Oberbürgermeisters zu einer ausgedehnten Amerika-Rundreise aufgebrochen. Neben der Hoffnung, Berlin als touristisches Ziel etablieren zu können, geht es Böß bei seiner Reise auch um die Aufbesserung der desolaten Berliner Finanzen mittels amerikanischer Auslandsanleihen.

Nach der Verhaftung der Sklareks wird der Oberbürgermeister durch Telegramme fortwährend, wenn auch sicher nicht detailliert genug – immerhin war der Platz begrenzt und jede andere Form der Kommunikation hätte Wochen in Anspruch genommen – über den Fortgang der Ermittlungen unterrichtet. Böß sieht sich offenbar nicht als möglicherweise selbst vom Skandal betroffen. In der Stadtverordnetenversammlung werden dagegen zunehmend Stimmen laut, die angesichts der sich offenbarenden massiven Probleme in der Berliner Stadtverwaltung die umgehende Rückkehr des Oberbürgermeisters fordern. Böß lehnt dies ab. Schnell heißt es außerdem, Böß habe bereits geraume Zeit vor der entscheidenden Revision von Unstimmigkeiten im Geschäftsgebaren der Sklareks gewusst bzw. sei mehrfach darauf hingewiesen worden.

Nach dem Auftauchen der Sklarek'schen Kleiderliste verschärft sich die Situation in Berlin zunehmend, stellt sich doch heraus, dass auch die Familie Böß zu den Kunden der Sklareks zählte. Frau Böß hatte von den Sklareks eine Pelzjacke zu einem ausgesprochenen Vorzugspreis erhalten, für ihren Mann existiert ein Konto unter einem Decknamen, auf das möglicherweise Bestechungsgelder eingezahlt worden waren. Böß selbst bestreitet kategorisch, den Sklareks irgendwelche Vorteile zukommen gelassen zu haben.

Bei ihrer Rückkehr am 1. November werden Böß und seine Frau schon am Bahnhof von einer Menge in Empfang genommen, die den Oberbürgermeister als „Schieber“ und „Verbrecher“ beschimpft.

Böß bittet daraufhin um die Einleitung des Disziplinarverfahrens gegen sich selbst und beantragt den vorzeitigen Ruhestand. Trotzdem werden in der Presse immer neue Vorwürfe

gegen den Oberbürgermeister erhoben, die sich mit dem Fortschreiten der Affäre auf immer absurdere Gebiete ausdehnen, so werden dem Oberbürgermeister auch Butterschmuggel, Teppichdiebstahl und die Nichtbezahlung der Hundesteuer vorgeworfen.

Im Mai 1930 kommt der Bezirksausschuss zu dem Schluss, Böß habe durch seinen Umgang mit den Sklareks in der Tat nicht nur seine Amtspflichten verletzt und er habe gar das »das Ansehen des gesamten Beamtenstandes erheblich herabgemindert«. Böß wird mit Dienstentlassung bestraft, hat allerdings Erfolg im Berufungsverfahren und erreicht die Rücknahme der Dienstentlassung ebenso wie die der Kritik an seiner persönlichen Ehrenhaftigkeit.

Prozess

Während der Fall Böß somit lediglich im Rahmen eines Disziplinarverfahrens verhandelt wird, ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen zahlreiche weitere Personen aus dem Umfeld der Stadtverwaltung, der Stadtverordnetenversammlung und der Stadtbank wegen Bestechung. Sie sollen von den Sklareks nicht nur verbilligte Textilien erhalten haben, es existieren außerdem zahlreiche weitere Konten mit Decknamen (wie bei Böß), auf die die Sklareks immer wieder hohe Geldbeträge eingezahlt hatten. Als der Prozess im Oktober 1931 endlich beginnt, ist das Interesse der Berliner Öffentlichkeit jedoch längst abgeflaut. Im Gegensatz zu den Skandalgeschichten, die wochen- und monatelang die öffentliche Aufmerksamkeit beschäftigt hatten, bieten die vor Gericht behandelten kaufmännischen Abläufe und Verwicklungen zudem – und darüber klagt auch die Presse – nur wenig Unterhaltungspotential. Allenfalls Besucher von auswärts könnten sich noch für die Vorgänge im Gerichtssaal als Bestandteil eines Berlin-Besuchs begeistern: „Am Montag etwa Zeughaus und die Museen, am Dienstag Sanssouci und vielleicht Theater, am Mittwoch Sklarek-Prozeß“, spottet der *Berliner Lokal-Anzeiger*. Auch die Urteilsverkündung ein Jahr später stößt nur noch auf vergleichsweise geringes Interesse, obwohl neben den Sklareks, die mit Zuchthausstrafen von 4 Jahren bestraft werden, noch eine recht großer Teil der Beschuldigten tatsächlich zu Haftstrafen zwischen 3 und 18 Monaten verurteilt wird.

Sonstige Konsequenzen: Was nehmen wir mit aus dem Sklarek-Skandal?

Grundsätzlich ist zu bemerken, dass im Sklarek-Fall Faktoren zusammentreffen, die schon seit Beginn der Zwanziger Jahre immer wieder Gegenstand von Debatten in der Berliner Stadtverordnetenversammlung gewesen waren. Gerade im Hinblick auf die nahenden Wahlen, müssen sich nun aber alle politischen Gruppen vor dem Hintergrund des Skandals damit

auseinandersetzen. Ich werde hier nur einige Punkte kurz anreißen, die wir dann sicherlich in der Diskussion noch weiter vertiefen können.

1. Berliner Stadtverwaltung:

Der Korruptionsskandal macht nochmals deutlich, dass die massiven strukturellen Umstellungen und Herausforderungen, die das Projekt „Groß-Berlin“ mit sich gebracht hat, zu sich überlappenden Strukturen und unklarer Kompetenzverteilung geführt haben. Vgl. Uneinigkeit darüber, ob der Oberbürgermeister aktiv Einsicht in die konkreten Abläufe des Verwaltungsapparates nehmen sollte, oder ob er sich – wie Gustav Böß es getan hatte – zwar als Oberhaupt der Stadtverwaltung begreifen, aber nicht an den einzelnen Vorgängen im Detail Anteil nehmen sollte.

2. Wirtschaftliche Lage vor dem Hintergrund von Krieg, Inflation, Weltwirtschaftskrise:

Auch hier sind viele Probleme offenkundig noch nicht gelöst: Die Auswirkungen der kriegsbedingten Zwangswirtschaft hatten überhaupt erst zur Entstehung der zentralen Kleider- und Textilverwertungsstellen geführt, die Notlage der Berliner Bevölkerung infolge der Inflation und der Wirtschaftskrise macht ihre weitere Existenz nötig.

Das lässt einerseits Raum für den Missbrauch dieser Strukturen, wie es die Sklareks getan haben und macht gleichzeitig das „Dekadenz“-Argument im Skandal so wirkmächtig, v.a. als Waffe gegen SPD/KPD-Mitglieder.

3. Die Rolle der Sozialdemokratie:

Tatsächlich sind viele SPD-Mitglieder in den Skandal verwickelt (vgl. dominante Rolle in der Stadtregierung) und die SPD hält, anders als z.B. die KPD, lange an der Unschuld ihrer Mitglieder fest. Sie befindet sich im Skandal daher in einer permanenten Verteidigungsposition und trägt mit weitem Abstand den größten Schaden (sowohl Vertrauen-/Ansehen als auch Mandate) aus dem Skandal davon, vgl. fortwährende weitere Anknüpfung an den Fall „Sklarek-Sozialdemokratie“.

4. Korruption und Republik:

Die Verstrickung der SPD als Hauptrepräsentantin des „System Weimar“ in den Skandal führt nicht nur zu einem massiven Vertrauensverlust in die Partei, sondern auch in die Republik. „Die Hauptstadt der Republik – die korrupteste Kommune“ urteilt der *Völkische Beobachter*. Dieser Vertrauensverlust schlägt sich auch in den Wahlen 1929 und 1930 in Stimmenverlusten für die Sozialdemokratie und Stimmengewinnen für die Republikgegner nieder, vgl. Einzug der NSDAP in die Berliner Stadtverordnetenversammlung (wenn auch nur mit 5,8%).

Sicherlich wäre es problematisch, diese Entwicklungen allein auf den Sklarek-Skandal zurückzuführen. Die NSDAP war vor 1929 überhaupt nicht in der Hauptstadt präsent, befindet sich aber in einer Phase stetigen Aufschwungs. In wie weit der NSDAP der Einzug in die Stadtverordnetenversammlung auch ohne den Sklarek-Skandal gelungen wäre, ist daher schwer zu beurteilen. Dass der Skandal sich schon bei der Kommunalwahl in höchstem Maße schädigend auf die beteiligten Parteien, und allen voran auf die SPD auswirkt, steht jedoch außer Zweifel. Er vertieft nicht die politischen Gräben in der Berliner Stadtverordnetenversammlung, er gibt auch den Gegnern der SPD die Möglichkeit, ihre Kritik an der Partei und dem von ihr repräsentierten System auf das eine Stichwort ›Sklarek‹ zu reduzieren. Der sozialdemokratische Journalist und Reichstagsabgeordnete Friedrich Stampfer fasst diese Entwicklung in seinem Rückblick auf »Die ersten 14 Jahre der Deutschen Republik« zusammen:

Es entstand in der Phantasie breiter Massen das Bild einer ungeheuerlichen Korruptionswirtschaft, in deren Mittelpunkt die Sozialdemokratische Partei stand. Es war ein Zerrbild, in dem das viele Gute völlig verschwand, das Faule und Schlechte in ungeheurer Vergrößerung erschien.

Aus einem Fall korrupter Textillieferanten, wie er sich vielleicht auch in jeder anderen deutschen Großstadt hätte zutragen können, wird so ein Skandal der zur Vertiefung der politischen Gräben führt, das Vertrauen in das System weiter schwächt und die Notlage der Weimarer Demokratie verstärkt.

Vielen Dank!